

Initiative Hausbriefkästen angelaufen Kaltenegger-KPÖ gegen EU-Vorschriften

Eine österreichweite Initiative macht derzeit gegen die Folgen des EU-konformen Umtausches der Hausbriefkästen mobil. Eine der Initiatorinnen ist Elfriede Awadalla (Schriftstellerin und Hausbesitzerin, bekannt als Gewinnerin der Millionenshow) aus Wien. Folgende KPÖ-Mandatarinnen und Mandatare aus der Steiermark haben sich dieser Aktion angeschlossen:

Kahr Elke (Gemeinderatsklubobfrau Graz), Kaltenegger Ernst (Stadtrat Graz), Kampl Birgit (Betriebsrätin VAE Zeltweg), Murgg Werner (Stadtrat Leoben), Pacher Renate (Gemeinderätin Knittelfeld), Reiter Hubert (Postbediensteter und Gemeinderat Graz), Rosenblattl Franz (Gemeinderat Mürzzuschlag), Scherz Peter (Betriebsrat Steyr-Magna Graz, Arbeiterkammerrat Steiermark), Wieser Ernst (Gemeinderat Zeltweg).

Im Aufruf der Initiative heißt es:

Als Folge der EU-weiten Liberalisierung der Postdienste mit sehr negativen Auswirkungen für die meisten Postkunden sollen bis 2009 Hausbriefkästen



installiert werden, zu denen auch private Postdienste Zugang haben. In Österreich erfolgt dieser Austausch schon bis 1. Juli 2006. Die teilweise schon angelaufene Umtauschaktion führte bereits zu massiver Kritik und offener Ablehnung durch die Betroffenen. Es gibt kein Verständnis dafür, den bisherigen Standard des Briefgeheimnisses und Datenschutzes einer EU-Richtlinie zu opfern. Die Kosten – geschätzte 100 bis 170 Mio. Euro – für diese Umstellung sollen nicht die davon profitierenden privaten Postdienste, sondern die Hauseigentümer tragen. In Miethäusern werden diese Kosten allerdings – jedenfalls über den Umweg über die Verringerung der Mietzinsreserve – im Ergebnis von den MieterInnen zu tragen sein, bis zu 100 Euro pro Haushalt.

Wir fordern daher:

- Sofortiger Stopp der Umtauschaktion!
- Erhaltung des österreichischen Standards des Briefgeheimnisses und Datenschutzes bei Hausbriefkästen!



Die österreichische Dialektautorin Elfriede Awadalla, auch bekannt als Gewinnerin in der Millionenshow, setzt sich gegen den Zwang zu neuen Briefkästen ein.
www.oeda.at

- Übernahme der Kosten nach dem Verursacherprinzip durch die privaten Postdienste!
- Missbrauchssichere Verständigung von Hinterlegungen!

Von der Umrüstung auf EU-Briefkästen ist auch die Stadt Graz betroffen. Der Kauf von 4.200 neuen Briefkästen bedeutet Zusatzkosten von 135.000 €.

Beteiligen Sie sich an der Aktion Hausbriefkästen. Informationen gibt es bei der KPÖ-Graz: Tel. 0316 / 71 24 79.

Unterstützungserklärungen sind auch im Internet möglich: <http://www.glbtiroel.info/script/eintragen/index.php>

El Awadalla meint:

Noch größere Stapel von Werbung drohen: Die EU will uns neue Postkastln vorschreiben. Bezahlen dürfen wir sie natürlich selber – bis zu hundert Euro pro Postkastl. Minister Gorbach (BZÖ, früher FPÖ) will diese EU-Richtlinie bis 1. Juli 2006 umsetzen.

Was bekommt man/frau für die 100 Euro? ein Postkastl, dessen Schlitz so breit ist (3 bis 3,5 cm), dass nicht nur alles hingelegt, sondern auch alles wieder herausgenommen werden kann, von wem auch immer.

Schon jetzt gibt es Beschwerden über die Post, die nur noch an ihren Aktienkurs und nicht mehr an die Kundschaft denkt. Wenn aus den neuen Postkastln Benachrichtigungen über RsA-Briefe fehlen, kann leicht einmal ein wichtiger Termin versäumt werden – wer wird schuld sein?

Die privaten Werbefirmen sollen auch eigene Haustorschlüssel bekommen, damit sie die Postkastln vollstopfen können. Folglich wächst das Altpapieraufkommen – und die Kosten für den Altpapiercontainer – das geht auf die Betriebskosten.

El Awadalla

Mehr Geld für die Frauenhäuser

Seit 1. April 2005 ist das Gewaltschutzeinrichtungsgesetz in Kraft. Grundsätzlich ist positiv anzumerken, dass Leistungen der Frauenhäuser dadurch gesetzlich abgesichert sein sollen. Vorderhand überwiegen jedoch die negativen Folgewirkungen für die Frauenhäuser.

Die finanzielle Situation hat sich erheblich verschlechtert und Ursache dafür ist die neu eingeführte Tagsatzregelung, die viel zu niedrig angesetzt ist. Die Folgewirkungen sind Kündigungen und eine erhebliche Stundenreduktion, die z.B. dazu

führen, dass eine Besetzung rund um die Uhr nicht mehr zu gewährleisten ist. Dies erweist sich als großes Sicherheitsproblem und insgesamt können bewährte Qualitätsstandards der Frauenhäuser unter diesen Bedingungen nicht mehr aufrechterhalten werden.

Als direkter Eingriff in die inhaltliche Arbeit der Expertinnen der Frauenhäuser sind die Durchbrechung der in langjähriger Arbeit entwickelten Prinzipien der Vertraulichkeit, Anonymität und Autonomie zu sehen.

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer merkt dazu an: „Es ist strikt abzulehnen, dass misshandelte Frauen, die Hilfe und Unterstützung in den Frauenhäusern suchen, ihren Na-

men nennen müssen, den Namen des Misshandlers und in einer ohnehin sehr dramatischen Situation eine detaillierte Schilderung ihrer Gewalterfahrung abgeben müssen. Diese bürokratische Vorgangsweise verunsichert die Frauen noch zusätzlich“.

An der Kritik hat sich trotz Verhandlungen mit dem Land nichts geändert. Im Gegenteil, der Vorstand ist demonstrativ zurückgetreten.